Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger frei ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 11gespaltenen Zeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., amtlicher Anzeigenteil, im amtlichen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. – Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. – Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 143. | Mittwoch, den 22. Juni 1921. | 74. Jahrg.

Der 3. Tag der Gareis-Interpellation.

Im **Reichstag** wurde am Montag die Besprechung **der Gareis-Interpellation** fortgesetzt.

Abg. **Bazille** (Dntl.): Die Interpellation beschäftigt sich mit einer Angelegenheit, deren Aufklärung allein Sache der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, nicht aber Sache des Reichstages ist. Was hat die Reichsregierung veranlassen können, dieser Interpellation den Vorzug zu geben vor den Interpellationen über Oberschlesien und das besetzte Rheinland? **Das Ziel der Unabhängigen** ist die Diktatur des Proletariats. Auch die Interpellation dient diesem Ziel. Wie kommt man dazu, den Mörder in Verbindung zu bringen mit der Regierung Kahrs? Weil diese Regierung den stärksten Widerstand den proletarischen Diktaturgelüsten entgegensetzt. Sie regiert keineswegs gegen die Arbeiterschaft. Das wäre im 20. Jahrhundert aussichtslos. Als der Redner den Abgeordneten der Linken zuruft: „Hören Sie gut zu; Sie können viel lernen", antwortet ihm minutenlanges Gelächter, das sich öfters wiederholt. Der Redner verwahrt sich und die bayerische Regierung gegen den Vorwurf reaktionärer Gesinnung. Wir wissen, daß der Staat in Zukunft nur der soziale sein kann. Wir vertreten die wahre Demokratie. (Lachen links.) Wir wenden uns nicht gegen die lebenden Gedanken der neuen Zeit, sondern gegen ihre radikale Verzerrung. Die Interpellanten zeigen kein Verständnis für die Gefühle derjenigen, die in Deutschlands Entwaffnung die größte Schmach erblicken. Wie können sich die Unabhängigen als Gralshüter der Verfassung aufspielen, sie, die Hochverräter des 9. November? Die Interpellation dient nur parteipolitischen Zwecken. Das ist nichts Ungewöhnliches. Ungewöhnlich ist, daß sich ein bürgerlich-christlicher Reichskanzler gefunden hat, der die Ziele einer Partei fördert, die den Umsturz des Staates und der Religion erstrebt. Der Reichskanzler hätte die Pflicht gehabt, die Verdächtigungen in der Interpellation zurückzuweisen, statt dessen hat er eine so tiefe Verbeugung vor der äußersten Linken gemacht, daß er nach hinten ausschlug und die Rechte mit unberechtigten Angriffen traf. Er hat in versteckter Weise einen Zusammenhang zwischen dem Mörder und meiner Partei konstruiert, ohne den geringsten Beweis dafür beizubringen. Wenn der Reichskanzler die Verwilderung der politischen Sitten beseitigen will, dann sollte er im eigenen Hause anfangen. Das abscheuliche Machwerk, „Die deutschnationalen Drachentöter der Korruption", ist anonym erschienen, während Helfferich alle Angriffe gegen Erzberger mit seinem Namen gedeckt hat. Der Reichskanzler hat kein Wort der Abwehr gefunden, als der Abg. Unterleitner den General Ludendorff zum deutschnationalen Gesindel rechnete. Ein Volk ehrt sich durch Ehrung seiner großen Männer, und Ludendorffs Name wird noch nach Jahrtausenden hell das Zwerggeschlecht seiner Widersacher überstrahlen. (Lachen links, Rufe bei den Kommunisten: Der Massenmörder!) Wenn der Reichskanzler die böse Wirkung seiner Rede auf das Ausland nicht bedacht hat, so muß ich diese Wirkung aufheben. (Gelächter links.) Mit heißer Liebe hängen wir Süddeutschen an unserem Vaterlande und werden nicht davon lassen. Die Zukunft unseres Volkes unter der Führung dieses Reichskanzlers kann man nur düster ansehen. (Beifall rechts, Gelächter links.)

Abg. **v. Schoch** (D. Vpt.): Mir ist die heitere Stimmung der Linken nicht recht verständlich bei einer so ernsten Sache. (Sehr wahr! rechts.) Wir verurteilen den verwerflichen Mord aufs allerschärfste. Wir rücken ab von einer politischen Angriffsweise, die zum Faustrecht führt. Wir verurteilen die in Bayern aufgekommene Methode, politischen Gegnern nach Versammlungen aufzulauern. Es muß schlimm um eine Sache stehen, die nur mit Gummiknüttel oder Revolvern verteidigt werden kann. Wir verurteilen es auch, daß in einem Teile der bayerischen nationalen Presse Töne laut werden, die die staatliche Autorität gefährden und einen Gegensatz zwischen Nord und Süd erzeugen kann. Aber alles das ist nichts gegen die terroristischen Akte der Linken, wie sie in Rußland üblich sind und hier von Leuten wie Däumig verteidigt werden. Ihre Presse (nach links) verherrlicht Hölz als Nationalhelden. Die Interpellation behauptet ohne den geringsten Beweis dafür, daß der Mord von monarchistischer Seite angestiftet worden sei. Die Regierung und Polizei haben alles zur Aufklärung getan. Die Behauptungen über eine Mitschuld der bayerischen Regierung sind nichts als Seifenblasen. Wir in Bayern haben das größte Interesse daran, daß der Mörder, dieser feige Wicht, seiner Strafe nicht entgeht. Die fortgesetzten Drohungen gegen Bayern können die im Gange befindliche Entwaffnung nicht beschleunigen. Die Einwohnerwehren sind Ihnen (nach links) nur deswegen ein Dorn im Auge, weil Offiziere und Arbeiter dort Hand in Hand arbeiten. (Abg. Peine (Soz.) ruft: Reden Sie doch nicht so dummes Zeug! Er wird vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen.) Die Mehrheit des bayerischen Volkes steht hinter der Regierung Kahrs.

Abg. **Helle** (Dem.): Die Beratung der Interpellation im Reichstage ist in ihrer bisherigen Form dem Verhältnisse Bayerns zum Reiche kaum förderlich gewesen. Wir müssen in dieser Frage weise Vorsicht walten lassen, wie sie auch der Reichskanzler gefordert hat. Der in Nacht und Nebel verübte feige Mord ist nicht aufgeklärt. Da geziemt sich Zurückhaltung und Schweigen. Wenn „Vorwärts", „Freiheit" und „Münchener Post" es so hinstellen, als sei festgestellt, daß der Mord von reaktionärer Seite verübt worden sei, so ist das eine Sünde wider die Gerechtigkeit. (Sehr richtig bei den Demokraten und rechts.) Weil auch die Arbeiterschaft eingesehen hat, daß kein Beweis für den Verdacht eines politischen Mordes vorliegt, darum ist der **Generalstreik gescheitert.** In Bayern ist das Verlangen des Volkes nach Ruhe und Ordnung sehr verständlich, denn hier war die Revolution volksfremder und unwürdiger als anderswo. **Die Unterschiede zwischen Bolschewisten, U. S. P. und M. S. P. waren während der Räteherrschaft schwer zu machen.** Die überhitzte Stimmung und Neigung zu Gewalttätigkeiten ist auch in München auf einen ganz kleinen Kreis beschränkt. Der mißglückte Generalstreik ist ein Anschlag gegen die Volksfreiheit der anderen, gegen die staatliche Ordnung. Dadurch wird der Abbau des Ausnahmezustandes nicht gefördert, den auch wir erstreben.

Abg. **Remmele** (Komm.): **Der Parlamentarismus ist bankerott.** Auf die Mordbuben der Reaktion macht man Eindruck nicht mit Reden, sondern nur mit der realen Macht, die die Arbeiterklasse besitzt. Die bayerische Regierung ist nicht ein Produkt von Wahlen, sondern der Kappiade. Die Regierung trägt die Verantwortung für die Mordhetze, die in Bayern zu so furchtbaren Folgen geführt hat. Die bayerische Regierung wendet die Taktik des Abg. Wittelsmann an; sie weicht feige aus, wenn sie gestellt wird. Nicht mit parlamentarischen Debatten kann man die bayerischen Zustände ändern, das kann nur durch die Kraft der Arbeiterklasse geschehen. (Die Abgeordneten der Rechten haben sich während dieser Rede ausnahmslos aus dem Saale entfernt.)

Abg. **Pfeiffer** (Zentr.): Bisher ist noch kein Beweis dafür erbracht, daß nationale militärische Kreise den Mord verschuldet haben. Die bayerische Regierung wird den Mord aufzuklären haben, und wir lehnen es ab, in ihre Befugnisse einzugreifen. An der bayerischen Revolution waren viele landfremde Elemente beteiligt, aber an der jetzigen Gegenbewegung ebenso. In Bayern herrscht ein rauher, aber herzlicher Familienton. (Heiterkeit.)

Abg. **Eisenberger** (Bayr. Bauernbund): **Bayern ist noch nie so verunglimpft worden wie jetzt.** Dabei sind wir Bayern doch gute Kerle. (Heiterkeit.) Die Einwohnerwehren sind durch die norddeutsche Reaktion verhunzt worden. Kahr ist ein guter Kerl. Er war aber den norddeutschen reaktionären Einflüssen gegenüber zu vertrauensselig, wie wir Bayern überhaupt zu vertrauensselig sind. (Heiterkeit.) Die reaktionäre Mittelpartei ist der Bayr. Volkspartei schon über den Kopf gewachsen. Bei uns auf dem Lande betrachtet man die Einwohnerwehren **als notwendigen Schutz gegen kommunistische Putsche.**

Die Säuberung in Oberschlesien.

Berlin, 20. Juni. Aus Oppeln wird gemeldet: Die Säuberungsaktion im Industriegebiet hat die Städte Kattowitz, Königshütte und Beuthen von den Insurgenten, die die Vorstädte seit vier Wochen unter den Augen der Franzosen besetzt hielten und den Lebensmittelverkehr abgeschnitten hatten, befreit. Myslowitz, wo Sonnabend noch die Polen waren, ist in der Nacht zum Sonntag von den Insurgenten verlassen worden. Die polnische Grenze ist für die zurückkehrenden Aufständischen wieder geöffnet.

General Hoefer über die Lage.

Berlin, 20. Juni. Einem Vertreter des „Berl. Lok.-Anz." gewährte General **Hoefer,** der Führer des deutschen Selbstschutzes, eine Unterredung, in der er betonte, daß er aus naheliegenden Gründen sich nicht so ausführlich äußern könne, als er gern wünsche. Die gegenwärtige Lage in Oberschlesien stehe im Zeichen der Verhandlungen. „Diese Beratungen" haben mich fast erschöpft. Das leidige deutsche Elend ist, daß unser Volk auch in großen Fragen nie die kleinlichen Parteischattierungen überwindet und sich einigen kann. Und so befinden wir uns in Oberschlesien in einer außerordentlich kritischen Situation. Niemand weiß, was werden mag."

•

Dresden, 20. Juni. Der Parteiausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen hat folgendes Telegramm an General Hoefer abgesandt:

Dem oberschlesischen Selbstschutz und seinem Führer, Generalleutnant Hoefer, die auf bedrohtem Grenzposten für die Einheit des Reiches und das Leben deutscher Brüder gegen eine Welt von Haß und Heimtücke mannhaft kämpfen, sagt der Landesverband Sachsen der Deutschnationalen Volkspartei namens aller deutschfühlenden Kreise Sachsens begeisterten Dank. Wo das Versagen der deutschen Regierung Hilfe und Zuzug aus der Heimat fernhielten, wo verhetzte Volksgenossen sich bereitfinden ließen, den polnischen Mörderbanden Vorschub zu leisten, hilft sich mit Herz und Hand nur die große Gemeinde der wahrhaft Deutschen. Das sei dem Selbstschutz Rückhalt und Trost.

•

Bildung polnischer Ortswehren.

Breslau, 20. Juni. Die Erregung der deutschen Bevölkerung ist auf einen bedrohlichen Grad gestiegen, seitdem bekannt wurde, daß in den deutschen, vom Selbstschutz geräumten Ortschaften sich **polnische Ortswehren** bilden.

•

Berlin, 20. Juni. Der Reichstagsabgeordnete Blas, der vor einiger Zeit von den polnischen Insurgenten festgenommen und verschleppt worden war, ist auf die energischen Vorstellungen des Vertreters der deutschen Regierung bei der interalliierten Kommission wieder freigelassen worden.

Deutsch österreichische Gemeinschaft.

Wien, 20. Juni. Im Parlament ist der Antrag der Großdeutschen eingegangen, in Verhandlungen mit Deutschland über eine Zollgemeinschaft **Oesterreichs mit Deutschland** zu treten, so lange der politische Anschluß von der Entente verboten bleibt. Die Sozialdemokraten wollen einen ähnlich lautenden Antrag einbringen.

Die Pariser Ministerkonferenz.

Paris, 20. Juni. Wie „Matin" mitteilt, haben Ministerpräsident **Briand** und Lord **Curzon** den Beschluß gefaßt, die drei alliierten Kommissare in Oppeln mit Nachdruck aufzufordern, nun endlich ihre Berichte für die Grenzfestsetzung zu erstatten. Sie sollten sich einigen, und man habe ihnen sehr ernstlich mit der Entsendung von Sachverständigen gedroht, die an ihre Stelle treten sollen.

Nach „Echo de Paris" habe Lord Curzon erklärt, daß nach der Ansicht seiner Regierung das Industriegebiet Oberschlesiens unteilbar sei, und daß angesichts der von Deutschland erzielten Mehrheit seine **Zuerkennung an das Deutsche Reich nicht verhindert** werden könne. An Stelle General Leronds habe Curzon eine hohe Persönlichkeit, die außerhalb des Heeres stehe, vorgeschlagen.

Die im März und April verhängten **Zwangsmaßnahmen am Rhein** will Curzon aufgehoben haben, während Briand diese Frage dem Obersten Rat vorbehalten will. Nach „Journal" soll ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Regierungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Abstimmungsgebiet beschlossen worden sein. Es wird davon gesprochen, daß England dem französischen Standpunkt einige Zugeständnisse machen wolle.

Die Zerstörung ehemaliger deutscher Kriegsschiffe.

London, 20. Juni. Die deutschen Torpedoboote „V 135" und „V 165" sind gestern im Kanal versenkt worden. Die deutschen Unterseeboote „U 117", „U 140" und „U 148" werden augenblicklich von der amerikanischen Marine als Fliegerziel bei Uebungen benutzt und auf diese Weise durch Lufttorpedos zerstört.

Deutschland und Amerika.

Genf, 20. Juni. Der „Herald" meldet aus Newyork: Der **Senat** hat vor seiner Vertagung eine **Besprechung** über die **Friedensresolution** des Repräsentantenhauses **einstimmig abgelehnt.**

Der bekehrte Lenin.

Kopenhagen, 19. Juni. Wie die „Stockholm Tidende" aus Helsingfors erfährt, hat **Lenin** anläßlich einer Zusammenkunft von Bolschewistenführern geäußert, das **Sowjetsystem sei nicht imstande, die russische Industrie,** die sich in völliger Anarchie befindet, wieder **auf die Füße zu bringen.** Die Hilfe der Ententestaaten sei daher unentbehrlich. Da die Entente die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung verlange, sei Rußland gezwungen, diesem Wunsche nachzukommen und Wahlen auszuschreiben. Lenin stellte die Forderung, daß die radikalen Volkskommissare, darunter auch Trotzki, bis auf weiteres ihre Macht aus den Händen geben und nach der Krim reisen sollten.

Berlin, 20. Juni. Zum Wechsel in den höheren Offiziersstellen wird mitgeteilt, daß an Stelle des verabschiedeten Generalleutnants v. Eisenhardt der aus dem sächsischen Heere hervorgegangene Generalmajor **Frotscher,** bisher Inspekteur der Infanterie, Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens geworden ist, **während** Oberst **v. Taysen** Inspekteur der Infanterie geworden ist.

Dr. Wirth über die zukünftigen Lasten.

Reichskanzler Dr. **Wirth** führte in seiner Essener Rede vor dem Deutschen Gewerkschaftsbund weiter aus:

Werden wir die zwei Milliarden aufbringen? Da ist eine Vorfrage nötig: Werden wir unseren **Haushalt in Ordnung bringen?** Heute bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Einnahmen des Reiches bereits im letzten Jahre über 45 Milliarden betragen haben. (Beifall.) Und dabei sind wir noch lange nicht am Ende dessen, was eigentlich hätte einkommen müssen. Es ist keine Demagogie, wenn ich hier erkläre, daß unter dem gewaltigen Aufkommen der Reichseinkommensteuer die Lohn- und Gehaltsempfänger an erster Stelle der Leistungen für das Reich stehen, und ich sage zweitens: Das ist die größte patriotische Tat, die geschehen ist seit Kriegsende, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger einen Teil ihres verdienten Lohnes durch den festen Abzug dem Vaterland zur Rettung zur Verfügung gestellt haben. (Beifall.) Aber jetzt klopfen die Steuererheber an alle Türen, und keine Tür kann sich verschließen vor der großen Pflicht des Opfers, und da stehe ich auf dem Standpunkt: Wer sich entzieht, ist ein Verräter an unserem Volke. (Beifall.) Ich sehe auch an dem Fließen der **Einkommensteuer** des letzten Monats, daß es nun glückt, die große Veranlagung und damit das große Werk der Nationalversammlung einem glücklichen Ende zuzuführen. Nur nicht den Kopf hängen lassen! Wenn wir weiterarbeiten, so bin ich überzeugt, der innere Etat unseres Vaterlandes wird in den nächsten Jahren mit einem gewissen Plus, mit einem gewissen Ueberschuß abschließen können.

Im letzten Jahre haben die Betriebsverwaltungen abgeschlossen mit einem Fehlbetrage von 20 Milliarden. Ueberlegen Sie es sich aber, ob der Staat in Eisenbahn und Post nicht Ueberschüsse hätte, wenn er die gleichen Preise gefordert hätte, wie die großen Privatbetriebe. Wir müssen versuchen, die großen Betriebe, Post und Eisenbahn, rationell auszugestalten, um von den Riesenfehlbeträgen herunterzukommen. Wobei allerdings eine Voraussetzung gegeben sein muß: innerpolitische Unruhen können wir nicht gebrauchen, wenn wir gesunden wollen.

Wir kommen drittens zum Haushalt der Reparationen. Da kommen einige und sagen, der Besitz soll die Last tragen. Ich bin der letzte, der den Mut nicht aufbringt, dem Besitz auch die Opfer zuzuweisen, die er bringen kann und muß. Ich habe unter schweren Kämpfen erreicht, daß ein Teil des Notopfers alsbald eingezogen wird. Große Ergebnisse liegen schon vor. Wollen sich alle, die heute Besitz in Händen haben, die Goldwerte besitzen, die Produktionsmittel besitzen, klarmachen, was es heißt, den Weltkrieg verloren zu haben! Die Schwäche des Reichsnotopfers liegt nicht in der Abgabe der Vermögen, sondern sie liegt im Stichtage, dem 31. Dezember 1919. **Große Vorlagen** sind in Vorbereitung. Ich erinnere an die **Körperschaftssteuer.** Der Gedanke, daß Aktien besonderer Art, **Vorzugsaktien,** erfaßt werden können, ist sehr naheliegend. Der Gedanke der Goldwerte muß im Auge behalten werden. Ich warne davor, uns in zwei Lager zu spalten: die Proletarier und die Besitzer von Goldwerten. Das wäre ein Unglück für unser Vaterland! Ich bin überzeugt, wenn der deutsche Arbeiter und der Beamte sieht, daß alle Kreise unseres Volkes, auch die, die mit den großen Diamanten in den Badeorten spazieren gehen, erfaßt werden, dann werden auch sie zu dem unumgänglich notwendigen Opfer bereit sein.

Die zwei Milliarden werden wir aufbringen. Wir schaffen sie in Sachleistungen und durch direkte Zahlungen, durch Devisen. Das erste wird für uns sein, die Aufbringung der Mittel für die 26prozentige Ausfuhrabgabe. An sich wäre es mir recht, wenn die 26prozentige Ausfuhrabgabe von dem deutschen Volke schlechthin getragen würde, damit der deutsche Kaufmann und Produzent ungehindert seine Waren über den Erdball schicken könnte. So leicht wird es aber nicht gehen. Ob es möglich ist, den Produzenten und Kaufmann ganz zu entlasten, das war vom ersten Tage an fraglich. Die Frage ist für mich, ob wir in der Lage sind, die Produktion mit einer Last zu belegen und unseren Export lebensfähig zu erhalten. Da hat sich der Blick von Anfang an auf die **Kohle** gerichtet. Wir kommen nicht darum herum, aus der Kohle mehr herauszuholen. Ich mache auf eins aufmerksam: wir liefern 24 Millionen Tonnen Kohle an die Alliierten. Was schreibt man uns auf Reparationskonto? Nicht den Weltmarktpreis, sondern den Inlandspreis! Wir liefern eine Mehrleistung von neun Milliarden Papiermark, wenn unsere Kohle weit unter dem Weltmarktpreis steht. **Wir können solche Geschenke nicht machen. Wir haben Opa an**